IMT Nuremberg Archives

H - 3153

International Court of Justice

H3153 - 0002

OFFICE OF CHIEF OF COUNSEL FOR WAR CRIMES

EVIDENCE DIVISION

Date : 24 July 1948

I certify that Document Number 2410-PS 3384-PS 3389-PS was introduced into evidence as Exhibit Number USA-566 in the Trial by the International Military Tribunal of Hermann GOERING, et al, which commenced on 20 November 1945, and that the attached photostat is a true and correct copy of the original.

Fred Niebergall

Fred NIEBERGALL
Chief, Document
Control Branch.

H3153 - 0003

C E R T I F I G A T E

I hereby certify that the annexed document 2410-PS 3384-PS 3389-PS No. USA-566 is a photostat of an original document submitted in evidence by the United States Prosecution under this number. The original document has been withdrawn in accordance with Rule 10 of the International Military Tribunal, and to the best of my knowledge and belief is to be held at the OCCWC Evidence Library, Palace of Justice, Nuremberg.

Paul Joosten

Nuremberg, 15 July 1948

PAUL A. JOOSTEN
General Secretary
International Military
Tribunal

H3153 - 0004

OFFICE OF U.S. CHIEF OF COUNSEL FOR WAR CRIMES

EVIDENCE DIVISION

Date : NOV 9 1946

I certify that Document Number 3389 PS was introduced into evidence as Exhibit Number USA 566 in the Trial by the International Tribunal of Hermann GOERING, et al, which commenced on 20 November 1945, and that the attached photostat is a true and correct copy of the original.

Fred Niebergall

Fred NIEBERGALL
Chief, Document
Control Branch.

TRANSLATION OF DOCUMENT NO. 3389-PS
OFFICE U. S. CHIEF OF COUNSEL

Official announcement by the Arch-Bishop of Cologne, Cardinal Schulte, in behalf of the Bishops' Conference at Fulda, 28 March 1933, as quoted in Voelkischer Beobachter, 29 March 1933, p. 2:

"The high shepherds of the dioceses of Germany in their dutiful anxiety to keep the Catholic faith pure and to protect the untouchable aims and rights of the Catholic Church have adopted, for profound reasons, during the last years, an oppositional attitude toward the National Socialist movement, through prohibitions and warnings, which was to be in effect as long and as far as those reasons remained valid.

"It now must be recognized that there are official and solemn declarations issued by the highest representative of the Reich government - who at the same time is the authoritarian leader of that movement - which acknowledge the inviolability of the teachings of Catholic faith and the unchangeable tasks and rights of the church, and which expressly assure the full value of the legal pacts concluded between the various German States (Laender) and the church.

"Without lifting the condemnation of certain religious and ethical errors implied in our previous measures, the Episcopate now believes it can entertain the confidence that those prescribed general prohibitions and warnings may not be regarded as necessary any more."

- - - - - - - - - - - - - - - - - -

CERTIFICATE OF TRANSLATION OF DOCUMENT NO. 3389-PS

19 December 1945

I, Gerhart H. Seger, Civ., D 258957, hereby certify that I am thoroughly conversant with the English and German languages; and that the above is a true and correct translation of the indicated excerpt from Document No. 3389-PS.

GERHART H. SEGER,
Civilian
D 258957

H3153 - 0005

3389-PS

Ein Signal!

Die ernsten Vorfälle im Lande Braunschweig müssen dem erwachten deutschen Volk ein Mahnzeichen dafür sein, daß es gerade jetzt im Zeitpunkt des Aufbaus auf der Hut zu sein hat, daß es die Augen aufbehalten muß und nicht im Bewußtsein eines errungenen Sieges die Hände in den Schoß legen darf.

Braunschweig muß uns eine Warnung dafür sein, daß heute noch gegen den Willen des überwiegenden Teils der Nation Kräfte am Werke sind, die jede nur vorhandene Konjunktur auszunützen zu eigenen, selbstsüchtigen Machtgelüsten, die sich ganz erheblich unterscheiden von dem Willen der deutschen werktätigen Massen.

Wir haben nicht 14 Jahre gekämpft, geopfert und geblutet, wir haben nicht für Deutschland eine Revolution errungen, um heute die Früchte und die Garantien für Deutschlands Zukunft in Hände übergehen zu lassen, die nicht daran mitgeholfen haben und die nicht mitgearbeitet haben an dem gigantischen Werk Adolf Hitlers und seiner Kameraden.

Sie sollen sich darüber im klaren sein, und das geht alle diejenigen an, die sich nicht einfügen wollen in die große Bewegung der nationalen und sozialen Freiheitsbewegung, sie seien des gewiß, in Deutschland wird es keine Gegenrevolte geben!

Die Regierung Adolf Hitlers ist die Regierung des Volkes.

Das deutsche Volk steht hinter seinem Führer und ist gewillt, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß seine Regierung die zum Aufbau nötige Handlungs- und Bewegungsfreiheit besitzt.

Es gibt nur einen Führer der Nation, und das ist Adolf Hitler, der den Bund schloß mit dem Feldmarschall des Weltkrieges.

Jeder, der gegen ihn aufsteht, ist gegen Deutschland, und das Volk wird ihn gebührend zurechtweisen!

Gewehr bei Fuß stehen S.A. und S.S., die Bauern, Soldaten und Arbeiter im braunen Ehrenkleid, sie halten treue Wacht im Namen des Volkes. —uen.

Jüdische Geschäfte geschlossen

Berlin, 28. März.

Nach Meldungen aus dem Ruhrgebiet sind in Durchführung der nationalsozialistischen Gegenmaßnahmen gegen die Greuel-Propaganda im Auslande in Essen, Duisburg, Bochum und anderen Städten des Niederrheingebietes und Westfalens die Warenhäuser, Einheitspreisgeschäfte und jüdischen Geschäfte geschlossen worden. Zu Zwischenfällen ist es nirgends gekommen. S.A. und S.S. sorgen für Ordnung und gerechten Vertreter in den Straßen. Lediglich in Witten sind in der Nacht Schaufensterscheiben von Unbekannten zertrümmert worden.

In Wittenberge nahmen S.A.-Leute vor den jüdischen Geschäftshäusern Aufstellung und verhinderten das Betreten der Läden. Die Geschäfte wurden daraufhin von den Inhabern geschlossen.

Die deutschen Aerzte verlangen Einführung des numerus clausus

Nachstehendes Telegramm ging heute an den Staatssekretär Dr. Krohn im Reichsarbeitsministerium Berlin:

Erregung der gesamten deutschgültigen Bevölkerung erfordert sofortige Maßnahmen zur Verhinderung weiterer Zulassung jüdischen Ärzte zu Krankenkassen und zur Einführung des numerus clausus.

Dr. Wagner,
Kommissar der ärztlichen Spitzenverbände.

Gut beraten...

... zu werden ist eine unerläßliche Vorbedingung für angenehmes Reisen. In der sachmännischen Schulung und zielstrebigen Ausbildung des Personals der Hamburg-Amerika Linie, das gewohnt ist, auch die Wünsche jedes Fahrgastes einzugehen, liegt Gewähr für Ihre Zufriedenheit.

Es reist sich gut
mit den Schiffen der
HAPAG
HAMBURG-AMERIKA LINIE
Reisebüro München, Theatinerstr. 38

Der Stahlhelm in Braunschweig aufgelöst

Stahlhelmführer sammelten bewußt bewaffnete Marxistenhorden!

Deutsches Volk, die Augen auf! — Amtliche Erklärungen des braunschweigischen Innenministers

Braunschweig, 25. März.

Infolge amtlicher Mitteilung des braunschweigischen Staatsministeriums ist auf Anweisung des Innenministeriums Klagges im gesamten Lande die Stahlhelmhilfspolizei entwaffnet worden. In der Nacht zum Dienstag wurde ferner der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, und alle seine Nebenorganisationen im Freistaat Braunschweig mit sofortiger Wirkung als aufgelöst erklärt. Über beide Maßnahmen liegt folgende amtliche Darstellung vor:

Der Stahlhelm, Ortsgruppe Braunschweig, nahm seit einigen Tagen ganze Scharen neuer Mitglieder aus den aufgelösten und niedergeschlagenen marxistischen Organisationen auf. Heute nahm diese Eintrittsbewegung Massencharakter an. Hunderte ehemaliger Reichsbanner, Sozialdemokraten und Kommunisten zogen zum Teil in geschlossenen Abteilungen und unter Bedeckung der Stahlhelmhilfspolizei zum Wachlokal des Stahlhelms in dem Gebäude der Ostfrontkriegerhilfe. Fortgesetzt wurde Frei-Heil, Front-Heil! und Rot-Front! gerufen. Vor dem Hause und in den anliegenden Straßen sammelten sich ewig Mengen von Kommunisten und Sozialdemokraten, aus deren Mitte

drohende Rufe gegen Adolf Hitler und gegen die N.S.D.A.P.

laut wurden. Unter Duldung des Stahlhelms nahm der rote Mob, der seit Wochen sich nicht mehr aus seinen Schlupfwinkeln herausgewagt hatte, eine bewhende Haltung gegen Nationalsozialisten und Hitlerjugend ein. Es kam sogar zu

Mißhandlungen von Hitlerjungen durch Stahlhelmer.

Infolge dieser unerhörten Haltung des Stahlhelm, durch die der Erfolg der nationalen Erhebung in Braunschweig auf das schwerste gefährdet wurde, bemächtigte sich der nationalen Bevölkerung der Stadt unbeschreibliche Erregung. Minister Klagges sah sich jetzt gezwungen, einzugreifen. Schutzpolizei wurde unter Führung des Kommandeurs zur Überholung der Krankenkasse eingesetzt, während S.A. und S.S. Plätze und Straßen in der Umgebung absperrten und säuberten. Die Stahlhelmhilfspolizei wurde entwaffnet, Hunderte von Zivilisten, die sich in dem Gebäude aufhielten, namentlich festgestellt und ganze Palette von ausgefüllten Anmeldungen beschlagnahmt. Unter den sichergestellten Papieren befanden sich Mitgliederlisten geschlossener Schutzformationen und S.A.-, S.S.- Ortsgruppen, Reichsbannermitgliederbücher und weiteres belastendes Material, aus dem hervorgeht, daß

die Stahlhelmführer bewußt die Marxisten in ihrer Organisation sammelten.

Es ist ferner festgestellt, daß die Schutzstaffeln auf Befehl und Veranlassung an den Stahlhelm herangetreten sind, um auf diese Weise den Kampf gegen die N.S.D.A.P. und die nationale Erhebung führen zu können. Mehrere im Hause befindliche Stahlhelmführer und Amtliche durch festgehaltene Zivilisten wurden wegen des Verdachts, eine gegenrevolutionäre Bewegung vorbereitet zu haben, in Haft genommen!

In einer zweiten amtlichen Verlautbarung des Innenministers Klagges heißt es:

„Nach mir vorliegenden Meldungen hat der Stahlhelm im ganzen Lande Braunschweig planmäßig in Massen Mitglieder marxistischer Organisationen aufgenommen.

Ganze Ortsgruppen des Reichsbanners und der S.P.D. sind auf Grund von Verhandlungen und Verabredungen geschlossen übergetreten.

Der Weiterbestand dieser unmehr vorwiegend marxistischen Organisation wurde eine schwere Gefahr für den Erfolg der nationalen Erhebung bedeuten.

Schupo und Rotfront in Stahlhelmuniform als Dachschützen

Minister Klagges unterrichtet die Reichsregierung

Braunschweig, 28. März.

Der braunschweigische Innenminister Klagges hat sich in der vergangenen Nacht noch mit dem Reichsinnenministerium und den anderen zuständigen Stellen des Reiches in Verbindung gesetzt. Am Dienstag wird die Entscheidung darüber fallen müssen, was mit den vielen Verhafteten geschehen soll. Verlautet bereits verlautet, daß die Verhafteten, sowie sie in schwerem Verdacht stehen, in Konzentrationslagern untergebracht werden sollen.

Als am Montag die Schutzpolizei gegen das Krankenkassengebäude vorging, bemerkte sie, auf dem großen Dach des Krankenkassengebäudes Leute mit Gewehren im Anschlag. Wie sich herausstellte, waren es frühere Schutzleute und Kommunisten, die sich zum Teil schon Stahlhelmjacken angezogen hatten, aber teils noch Koppeln trugen, auf deren Schloß Hammer und Sichel — also kommunistische Abzeichen — angebracht waren.

Was das Reichsbanner vorhatte

Braunschweig, 28. März.

Über die Lage im Lande Braunschweig gibt das Kommando der Schutzpolizei einen Bericht heraus, in dem es heißt:

Im Restaurant Meyerhöfete wurden 54 Reichsbannerleute festgenommen. Nach ihrem Ziel befragt, gaben sie an, daß sie

das Reichsbanner unter der Flagge des Stahlhelms weiterführen wollten,

um damit ihre bisherigen Ziele weiter zu verfolgen, da es so nicht weitergehe. Es müsse wieder mehr jetzt etwas unternommen werden. Auch müsse es jetzt wieder anders herum gehen. Um sich den Haussuchungen zu entziehen, wollten sie im Stahlhelm mitmachen.

1350 Verhaftete in Braunschweig

Braunschweig, 28. März.

Die Vernehmungen der im Ortskrankenkassengebäude eingeschlossenen Stahlhelmer, Reichsbannerleute und Rotfrontler, deren Zahl 1350 beträgt, nahmen den ganzen Dienstag in Anspruch. Die Eingänge des Hauses sind mit Barrikaden von Schutzpolizei und S.A.-Hilfspolizei besetzt. Bei den Verhafteten, unter denen sich auch übelberüchtigte und schwerverbrecherische Subjekte befinden, wurden zahlreiche Waffen vorgefunden.

Sämtliche Verhaftete stehen im Verdacht der Vorbereitung einer gegenrevolutionären Handlung. Unter den festgenommenen Stahlhelmern befinden sich zahlreiche Führer u. a. der Landesführer Nowak, Rechtsanwalt Elsmann, Dr. Seidner und Ingenieur Seidel.

Bei der politischen Aktionen vor dem Ortskrankenkassengebäude und bei den sich anschließenden marxistischen Kundgebungen kam es verschiedentlich zu Zusammenstößen, in deren Verlauf eine Reihe von Verletzten zu verzeichnen ist. Die Krankenwagen waren während der ganzen Nacht unterwegs. Allein in das Krankenhaus wurden über 20 Personen eingeliefert, die lebensgefährliche Kopfverletzungen haben. Ein Arbeiter liegt mit einem Bauchschuß lebensgefährlich darnieder.

Die gesamte Stahlhelmführung des Landes Braunschweig ist bis auf den Führer Winter, der während der Nacht noch nach Berlin zur Berichterstattung gefahren ist, in Haft genommen worden. Der Führer des Stahlhelms, Landesverband Braunschweig, Standesamt Schrader, Waffenbüttel, wurde heute früh festgenommen.

Mit knapper Not einer blutigen Katastrophe entronnen

Braunschweig, 28. März.

Die dem Stahlhelm nahestehende „Braunschweigische Landeszeitung" schreibt zu den Braunschweiger Vorfällen u. a.:

„Wenn nicht alle Anzeichen trügen, sind wir gestern in Braunschweig mit knapper Not in letzter Stunde einer blutigen Katastrophe entronnen. Hunderte von Marxisten, die sich bereits als Stahlhelmer wähnten, hatten sich bewaffnet und es versteht sich von selbst, daß sie noch in der Nacht zum Dienstag im ganzen Bereich der Landeshauptstadt in der Maske von Stahlhelmern Einzelaktionen gegen Nationalsozialisten unternommen hätten. Festnahmen waren nach den polizeilichen Feststellungen gegen Mitternacht im Ortskrankenkassengebäude außer 200 Stahlhelmern 1100 Sozialdemokraten und Kommunisten konzentriert. An den fünf Fingern kann man sich abzählen, was diese Zusammenballung erdrückter Marxisten für Folgen gehabt hätte.

Hätten in den ruhigen und erhebenden Abklang der nationalen Revolution plötzlich diese garstige Abenteuer, das heute in ganz Deutschland Abscheu und Ekel auslösen wird. Es ist beschämend in höchstem Grade für uns Braunschweiger, daß sich die Vorgänge ausgerechnet in unserer engen Heimat abspielen mußten, in der der nationale Wille erstmalig entscheidend zum Durchbruch kam und in der Hitler die deutschen Staatsbürgerrechte zugesprochen wurden . . .

Schutzhaft für 1000 Kommunisten

Berlin, 28. März.

Am Dienstagmorgen wurde in Feldmoching eine Razzia auf Kommunisten durchgeführt. Fünfzig Kommunisten wurden festgenommen und auf die Polizeidirektion München verbracht.

Am Sonntag wurde im Gebiete zwischen Wolfratshausen und dem Starnberger See eine Säuberungsaktion vorgenommen. Sieben Kommunisten wurden in Schutzhaft genommen und nach München eingeliefert. Auch wurden Waffen beschlagnahmt.

In Ludwigshafen wurde nun auch der kommunistische Stadtrat Leonhard Hausjmann, der sich bisher durch ständigen Aufenthaltswechsel der Verhaftung entziehen hatte, festgenommen. Er ist ein gefährlicher kommunistischer Agitator, der in Moskau selbst geschult worden ist.

Die Waldschenke „Zu den drei Pfeilern" in Oggingen, ein bekannter Treffpunkt der Sozialdemokraten, wurde polizeilich gesperrt.

In Ingolstadt wurde gegen den früheren Oberbürgermeister Dr. Gruber ein Disziplinarverfahren zur Prüfung der Frage eingeleitet, inwieweit seine Amtsführung der Stadt eine finanzielle Schädigung zugefügt hat. Der Stadtrat Landenburger und Strobl wurde für den Bezirk Ingolstadt das Mandat entzogen.

In Altötting hat der 1. Bürgermeister und Landtagsabgeordnete Gabriel Mayer eine Erklärung abgegeben, daß er unter dem Zwang der politischen Verhältnisse sein Amt als erster Bürgermeister niederlege. Daraufhin wurde der Stadtrat und Verleger Joseph Geiselberger kommissarisch zum 1. Bürgermeister ernannt.

Fast eine halbe Million Einzelhandelsbetriebe unter nationalsozialistischer Führung

Berlin, 28. März.

Durch das Zustandekommen der Vereinbarungen zwischen der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels und dem Nationalsozialistischen Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes ist erreicht worden, daß weitaus die Mehrzahl aller gewerblichen Unternehmungen in Deutschland auch in wirtschaftlicher Hinsicht unter nationalsozialistische Führung kommt. Von den etwa 670000 Betrieben des Einzelhandels, die in ganz Deutschland vorhanden sind, gehören mehr als 400000 der Hauptgemeinschaft an. Die Hauptgemeinschaft bildet die maßgebende Spitzenorganisation für eine große Zahl von einzelnen Fachverbänden des Deutschen Einzelhandels. Von der Hauptgemeinschaft sind auch mehrere Verträge in den verschiedenen Reichsmarkschaftsrat beigetreten worden. Die nach den Vereinbarungen 51 der maßgebenden Positionen der Hauptgemeinschaft Nationalsozialisten übertragen werden, dürfte für den endgültigen Reichswirtschaftsrat die Vertretung des Einzelhandels von der N.S.D.A.P. bestimmt werden. Innerhalb der Hauptgemeinschaft war es übrigens vor einigen Wochen zu wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen gekommen, in deren Verlauf die Warenhausbetriebe ihren Austritt aus der Hauptgemeinschaft erklärt hatten.

*

Am Dienstagmorgen wurde in Feldmoching eine Razzia auf Kommunisten durchgeführt. Fünfzig Kommunisten wurden festgenommen und auf die Polizeidirektion München verbracht.

Am Sonntag wurde im Gebiete zwischen Wolfratshausen und dem Starnberger See eine Säuberungsaktion vorgenommen. Sieben Kommunisten wurden in Schutzhaft genommen und nach München eingeliefert. Auch wurden Waffen beschlagnahmt.

In Ludwigshafen wurde nun auch der kommunistische Stadtrat Leonhard Hausjmann, der sich bisher durch ständigen Aufenthaltswechsel der Verhaftung entziehen hatte, festgenommen. Er ist ein gefährlicher kommunistischer Agitator, der in Moskau selbst geschult worden ist.

Die Waldschenke „Zu den drei Pfeilern" in Oggingen, ein bekannter Treffpunkt der Sozialdemokraten, wurde polizeilich gesperrt.

In Ingolstadt wurde gegen den früheren Oberbürgermeister Dr. Gruber ein Disziplinarverfahren zur Prüfung der Frage eingeleitet, inwieweit seine Amtsführung der Stadt eine finanzielle Schädigung zugefügt hat. Der Stadtrat Landenburger und Strobl wurde für den Bezirk Ingolstadt das Mandat entzogen.

In Altötting hat der 1. Bürgermeister und Landtagsabgeordnete Gabriel Mayer eine Erklärung abgegeben, daß er unter dem Zwang der politischen Verhältnisse sein Amt als erster Bürgermeister niederlege. Daraufhin wurde der Stadtrat und Verleger Joseph Geiselberger kommissarisch zum 1. Bürgermeister ernannt.

„Neue Wege der bayerischen Jugenderziehung"

Bayreuth, 28. März.

Unter der Überschrift „Neue Wege der bayerischen Jugenderziehung" berichtet das „Fränkische Volk" von bedeutsamen und einschneidenden Maßnahmen, die bayerischen Kultusministers Schemm, und zwar hinsichtlich des Geschichts-, Staatsbürger- und Heimatkundeunterrichts.

Die zu erwartende Verfügung des Kultusministers schreibe vor, daß an den höheren Lehranstalten und an den Volksschulen Bayerns zu Beginn des neuen Schuljahres 1933/34 in einem vier- bis achtwöchigen Turnus die Zeit des Niedergangs des deutschen Volkes bis zur Aufrichtung der Nation, mithin von 1918 bis 1933, behandelt ist, und zwar in den Unterrichtsfächern Geschichte an den Volks- und Mittelschulen, Heimatkunde und Anschauungsunterricht an unteren Klassen der Volksschulen und Staatsbürgerkunde an den Volks- und Berufsfortbildungsschulen usw.

Die Fuldaer Bischofskonferenz zieht Warnungen und Verbote gegen die N.S.D.A.P. zurück

Köln, 28. März.

Der Erzbischof von Köln, Kardinal Schulte, gibt für die Erzdiözese Köln eine Kundgebung der Fuldaer Bischofskonferenz bekannt, in der es heißt:

„Die Oberhirten der Diözesen Deutschlands haben aus triftigen Gründen, wie wiederholt dargelegt wird, in ihrer pflichtmäßigen Sorge der Reinerhaltung des katholischen Glaubens und für den Schutz der unantastbaren Aufgaben und Rechte der katholischen Kirche in den letzten Jahren gegenüber der nationalsozialistischen Bewegung eine ablehnende Haltung durch Verbote und Warnungen eingenommen, die so lange und die so weit in Geltung bleiben sollten, wie diese Gründe fortbestehen.

Es ist nunmehr anzuerkennen, daß von dem höchsten Vertreter der Reichsregierung, der zugleich autoritärer Führer jener Bewegung ist, öffentlich und feierlich Erklärungen gegeben wurden, durch die der Unverletzlichkeit der katholischen Glaubenslehre und den unveränderlichen Aufgaben und Rechten der Kirche Rechnung getragen wird sowie die vollinhaltliche Geltung der von den einzelnen deutschen Ländern mit der Kirche abgeschlossenen Staatsverträge durch die Reichsregierung ausdrücklich zugesichert wird. Ohne die in unseren früheren Maßnahmen liegende Verurteilung bestimmter religiös-sittlicher Irrtümer aufzuheben,

glaubt daher der Episkopat das Vertrauen hegen zu können, daß die vorgezeichneten allgemeinen Verbote und Warnungen nicht mehr als notwendig betrachtet zu werden brauchen.

Die christlichen Bauern vertrauen auf Adolf Hitler

Der Hermes-Zentrumsgeist überwunden.

Berlin, 28. März.

Der Vorstand des Deutschen Christlichen Bauernvereins begrüßt in einer Entschließung die programmatischen Kundgebungen der Reichsregierung und erklärt sich entschlossen, die Regierung Hitler bei ihrem Aufbau der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung mit allen Kräften zu unterstützen. Die Entschließung bringt zum Ausdruck, daß die Erklärungen des Herrn Reichskanzlers über die Bedeutung und notwendige Förderung des deutschen Bauernstandes Hoffnung und Zuversicht für die Zukunft des deutschen Volkes und der Gesundung seines staatlichen Lebens geben. Nur eine einheitliche Standesvertretung des deutschen Bauerntums bietet Gewähr dafür, daß alle lebendigen Kräfte, die in den Ständen des Volkes vorhanden sind, eingesetzt und als Stütze eines nationalen Regierung zum Einsatz gebracht werden können.

Volksechtes Gemeinschaftsleben

Justizminister Kerrl über Volk und Justiz

Berlin, 28. März.

In einer anläßlich seiner Ernennung zum kommissarischen Justizminister veranstalteten Kundgebung der Beamten und Angestelltenschaft der Reichs- und preußischen Justizverwaltung verbreitete sich Pg. Kerrl eingehend über das Verhältnis zwischen Volk und Justiz. Er bezeichnete es als sein vornehmstes Ziel, die in der Gegenwart entstandene Spannung auf diesem wichtigen Gebiete zu beseitigen. Seine Ernennung bedeute keinen einseitigen Ministerwechsel. Als Kämpfer für die nationale Erhebung habe er sich die Aufgabe gestellt, die Gesetzgebung gesellschaftliche und politische Ordnung grundlegend umzugestalten und wieder ein volksechtes Gemeinschaftsleben aufzubauen, in dem die Geschicke des Volkes höher als des Einzel-Schicksal geordnet werden müßten. Nationalismus und Sozialismus stehen sich von Natur aus nicht wie Feuer und Wasser gegenüber, sondern gehören durch göttliche Ordnung zusammen. Wer national denke, müsse auch sozial. Weiter muß unser Streben dahin gehen, die arische Rasse zu erhalten und zu festigen.

Die Säuberung in Bayern

In Passau hat der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Max Moosbauer den Posten des Polizeipräsidiumskommissars mit den Rechten und Pflichten eines stellvertretenden Bürgermeisters übernommen.

In Nürnberg wurde die Industrie- und Handelskammer von S.A. besetzt und eine Hakenkreuzfahne gehißt. Kommissarischer Vorsitzender der Kammer ist Direktor Schaub, zweiter Vorsitzender Direktor Meyer. Der Direktor der Städt. Kunstsammlung, Prof. Dr. Schulz, wurde in Schutzhaft genommen.

Am Untermain erfolgte die Verhaftung einer Reihe kommunistischer Funktionäre, die in das Landgerichtsgefängnis Aschaffenburg verbracht wurden. Es wurden auch umfangreiche Durchsuchungen vorgenommen.

In Goldberg bei Aschaffenburg wurden bei einer Razzia ein schweres Maschinengewehr, gegen 40 Gewehre und mehrere tausend Schuß Munition beschlagnahmt. Der Schlosser Thrun wurde verhaftet.

In Regensburg wurden der Viehagent Julius Simann, der Immobilien- und Viehhändler Siegfried Regensburger und der Viehhändler Abraham Fürnbacher, der Rechtsanwalt Joseph Artmann sowie der Oberinspektor August Gregori vom Bayerischen Lloyd in Schutzhaft genommen.

In Ludwigshafen wurden die sozialdemokratischen Stadtratsmitglieder Hammer und Baum, über die Schutzhaft verhängt war, die aber zunächst nicht ermittelt werden konnten, nunmehr festgenommen.

Der Reichsbannerführer Edward Degen in Kaiserslautern, der kürzlich aus der Schutzhaft entlassen worden war, wurde erneut verhaftet, weil er im Auftrage des Rechtsanwalts Dr. Treidel, der sich im Neustadter Arbeitslager befindet, politische Prägefalten vernichten lassen wollte.

In Memmingen wurde der Bürgermeister Thierry in Schutzhaft genommen, weil er sich widerholt gegen die nationale Erhebung und die N.S.D.A.P. gewehrt hat.

In Pirmasens hat die Polizei den Arbeiter Karl König verhaftet, weil er nachweislich an der Saargrenze nach kommunistischen Funktionären, die aus Pirmasens geflüchtet sind, in Verbindung getreten war. Außerdem wurden am Bahnhof zwei Frauen von Pirmasens verhaftet, die im Saargebiet beschäftigt sind und bei denen eine Reihe von Briefen und Zeitungen vorgefunden wurden, die sie den ins Saargebiet geflüchteten Kommunisten mitnehmen wollten.

Der Bürgermeister von Oberhaching bei Deisenhofen wurde seines Amtes enthoben. Er wurde für ihn der Gemeindebeamte Pg. Berger als kommissarischer Bürgermeister bestellt.

In Grünwald bei München wurden ebenfalls die Bürgermeister und zwei Gemeinderäte beurlaubt. Als kommissarische Bürgermeister wurden zwei Mitglieder des bisherigen Gemeinderates benannt.

Der Bürgermeister von Feldmoching wurde von seinem Amte beurlaubt. An seine Stelle trat als kommissarischer Bürgermeister der Ortsgruppenführer der N.S.D.A.P. Grüner von Feldmoching.

Von ihren Ämtern sind zurückgetreten die Bürgermeister von Unter- und Oberschleißheim, die durch Nationalsozialisten ersetzt wurden.

Zum Kommissar beim Bezirksamt München wurde der nationalsozialistische Sturmführer Otto Hartmann ernannt.

Die Abwehraktion gegen die jüdische Welthetze im Gange

S.A.-Aufklärungsdienst in der Ostmark.

Die Angestellten nicht geschädigt.

Gleiwitz, 28. März.

Am Dienstag sind in Gleiwitz vor zahlreichen jüdischen Geschäften S.A.-Posten aufgezogen, die die Käufwilligen vom Betreten der Läden durch Aufklärung abzuhalten suchen. Eine Anzahl Unterführer der S.S. und S.A. sorgen vor den großen jüdischen Geschäften in den Hauptstraßen der Stadt für Ruhe und Ordnung. Die Polizei nimmt von der Aktion, die ohne Zwischenfälle verläuft, keine Notiz.

*

Schwerin (Warthe), 28. März.

In Schwerin an der Warthe sind heute sämtliche jüdischen Geschäfte und die Geschäftsstelle des „Schweriner Kreisblattes" geschlossen worden. Das Gehalt für die betroffenen Angestellten muß auf zwei Monate im voraus bezahlt werden.

Anordnung der Untergruppe Pfalz:

Neustadt a. d. H., 28. März.

Der Führer der Untergruppe Pfalz-Saar der N.S.D.A.P., Pg. Schmiggebel, hat heute mit sofortiger Wirkung bis auf weiteres eine Aufnahmesperre für die gesamte S.A. der Untergruppe angeordnet.

Der Kreisleiter der Pfalz, Pg. Bürckel, gibt bekannt:

1. Wer „strengvertrauliche" Mitteilungen aus übergibt, die einer Überprüfung nicht standhalten und bei denen lediglich der Zweck vorliegt wird, irgendeine Position zu erlangen, hat in allen Fällen mit sofortiger Verhaftung zu rechnen.

2. Eine Überprüfung anonymer Zuschriften kommt nicht in Frage. Daß solche Briefschreiber selbstverständlich festgenommen werden, bedarf keiner besonderen Erwähnung.

Neue Ehrungen der Führer der nationalen Erhebung

Der Gemeinderat Kolbermoor beschloß, Reichspräsident von Hindenburg und Reichskanzler Adolf Hitler das Ehrenbürgerrecht der Gemeinde zu verleihen. Außerdem wurde ein Platz in Hindenburgplatz, eine Straße in Hitlerstraße umbenannt.

*

Der Stadtrat Kaufbeuren beschloß in seiner letzten Sitzung, den Reichspräsidenten von Hindenburg und der Reichskanzler Adolf Hitler zu Ehrenbürgern der Stadt Kaufbeuren zu ernennen. Die bekannte Jordan-Anlage wurde in Hindenburg-Park umbenannt, der Schwangeranen und die Straße am Grasen erhielten den Namen Adolf-Hitler-Ring.

*

Der Stadtrat Mindelheim hat dem Reichspräsidenten von Hindenburg und dem Reichskanzler Adolf Hitler das Ehrenbürgerrecht verliehen und eine Straße in Epp-Straße und einen Platz in Adolf Hitler-platz umbenannt.

*

Kultusminister Schemm wurde zum Ehrenbürger von Kaufbeuren und von Weidenberg ernannt; außerdem wurde der kommissarische Ministerpräsident General Ritter von Epp und Kultusminister Schemm zu Ehrenbürgern der Stadt Grafenberg ernannt.

*

Der Gemeinderat Fischen hat einstimmig den Reichspräsidenten von Hindenburg und den Reichskanzler Adolf Hitler zu Ehrenbürgern ernannt.

*

Der Gemeinderat Bichl hat beschlossen, den Reichspräsidenten von Hindenburg, den Reichskanzler Adolf Hitler und den kommissarischen bayerischen Ministerpräsidenten General von Epp zu Ehrenbürgern der Gemeinde zu ernennen.

Hauptschriftleiter: Alfred Rosenberg. — Chef vom Dienst: Wilhelm Weiß. — Für die Schriftleitung der norddeutschen und Berliner Ausgabe verantwortl. Wilhelm Weiß. — Für die Schriftleitung der süddeutschen u. Münchner Ausgabe verantwortlich: Joseph Berchtold. — Für die Anzeigen der vorliegenden Ausgabe verantwortlich: Ernst v. Weskernhagen. — Verlag: Franz Eher Nachf. G. m. b. H. — Druck: Münchner Buchgewerbehaus M. Müller & Sohn. — Alle in München

H3153 – 0006

3389-PS
USA-566

H3153-0006A

Süddeutsche Ausgabe / Ausgabe A
Weiterverkauf durch Abonnenten unzulässig
90. Ausg. • 46. Jahrg. • Einzelpreis 20 Pf. Oesterreich 40 Groschen. Schweiz 30 Rappen. Italien Lire 1.20 Uebriges Ausland 25 Pf.

„Freiheit und Brot!"

Ausgabe A / Süddeutsche Ausgabe
Weiterverkauf durch Abonnenten unzulässig
München, Freitag, 31. März 1933

VÖLKISCHER BEOBACHTER

Herausgeber Adolf Hitler

Verlag: Eher Nachf. G. m. b. H., München 2 NO., Thierschstr. 11 • Sammelruf 21 91 Postscheckkonto: Postscheck-München 11 865, Wien 79 365, Prag 77 305 • Bankkonto: Bayerische Hypotheken- u. Wechselbank, Filiale Rauchstr. • Anzeigenpreise laut ausliegender Preisliste Nr. 3 • Anzeigenschluß 10 Uhr 3 Tage vor Erscheinen • Anzeigen-Abteilung München, Thierschstr. 11 • Ruf 21 91

Kampfblatt der national-sozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Schriftleitung: München 13, Schellingstraße 39 • Sammelruf 39 01 • Sprechstunde 11 bis 12 Uhr (Samstag nicht) • Drahtanschrift: Beobachter München • Berliner Vertretung: Berlin SW 68, Zimmerstr. 35 • Sammelruf: A 1 (Jäger) 7273 • Sprechstunde 11—12 Uhr • Der „Völk. Beobachter" erscheint wöchentl. 4 mal • Bezugspreis R.M. 4.60, zuzüglich 36 Pf. Zustellgeld

Schlagt den Weltfeind!

Heraus zum Abwehr-Boykott gegen das Judentum — Die ersten Anweisungen des Zentralkomitees — Die Todesliste von Clausthal

Am 1. April beginnt Deutschlands Abwehraktion

Pg. Julius Streicher, Leiter des Zentralkomitees, zur kommenden Volksaktion

NSK. In den Revolutionstagen des Jahres 1919 sagte der Jude Paul Landau in einer Judenversammlung im Lehrervereinshaus in Berlin:

„Wenn das deutsche Volk wüßte, was wir Juden während des Krieges gemacht haben, dann würde man uns (die Juden) auf der Straße totschlagen!"

Was die Juden während des Krieges gemacht haben, ist heute kein Geheimnis mehr. Soweit Juden in den Krieg zogen, taten sie es, gezwungen durch die allgemeine Wehrpflicht; sie taten es gezwungen, weil sie kein Vaterland haben, das Deutschland heißt. Die übrigen Juden retteten ihr Leben als Kriegsgewinnler und Kriegsschieber hinein in die Nachkriegszeit. Als der Krieg zu Ende war, stellten sich jüdische Hetzer in Deutschland an die Spitze freigelassener Zuchthäusler, Deserteure und marxistischer Landesverräter. Sie rissen den Helden des Weltkrieges die Kokarden ab, setzten die roten Fahnen des Verbrechens auf die Amtshäuser des Staates und vernichteten von innen heraus das Deutschland der Ehre an seine Feinde.

Und die Juden im Auslande taten es von außen her. In der in ihrem Besitze befindlichen Presse hetzten sie gegen das deutsche Volk, beschimpften es als Volk der Hunnen und Barbaren. Schufen die Lüge von den Vergewaltigungen der Frauen, erfanden das Märchen von den abgehackten Kinderhänden und den zu Todgemarterten Gefangenen.

Als der Krieg zu Ende war, triumphierte der Jude im Auslande, weil es ihm mittels seines Goldes gelungen war, Deutschland durch Deutsche zu besiegen, und das Deutschland der siegreichen Schlachten zum Verlierer des Weltkrieges zu machen. Alljuda triumphierte, weil sein Plan in Erfüllung gegangen war, der Plan von Basel. Auf dem Zionistenkongreß in Basel war von den Juden zum Beschluß erhoben worden:

„Sobald ein nichtjüdischer Staat es wagt, uns Widerstand zu leisten, müssen wir in der Lage sein, seine Nachbarn zum Kriege gegen ihn zu veranlassen... Als Mittel dazu werden wir die öffentliche Meinung vorschützen. Diese werden wir vorher durch die sogenannte „achte Großmacht, — die Presse — in unserem Sinne bearbeiten. Mit ganz wenigen Ausnahmen, die überhaupt nicht in Frage kommen, liegt die ganze Presse in unseren Händen."

(Zionistische Protokolle, niedergeschrieben zu Basel im Jahre 1897, herausgegeben von Alfred Rosenberg. Verlag Franz Eher Nachf., München.)

Der gleiche Jude, der das deutsche Volk in den Abgrund des Weltkrieges stürzte und das Verbrechen der November-Revolution an ihm beging, ist nun am Werk, dem aus Schande und Elend wiedererstehenden Deutschland in den Rücken zu fallen. Mit den gleichen Mitteln soll es geschehen, mit denen Alljuda das Verbrechen des Weltkrieges vollbrachte. Wiederum ist der Jude am Werke, die öffentliche Meinung zu vergiften. Wiederum ist Alljuda am Werke, das deutsche Volk als Volk der Hunnen und Barbaren zu verleumden. Seit Wochen schon lügt die Judenpresse in Frankreich, England, Amerika und Polen in die Welt hinein, in Deutschland würden gefangenen Kommunisten die Augen ausgestochen, Schutzhäftlinge zu Tode gefoltert und Judenpogrome veranstaltet. Und wieder wiegelt der Jude die also belogenen und betrogenen Völker des Auslandes gegen Deutschland auf. Und damit das erwachende Deutschland, das Deutschland Adolf Hitlers, schon in seinen Anfängen in sich zusammenbreche, betreiben die Rassegenossen der in Deutschland lebenden Juden im Auslande eine schamlose Boykotthetze gegen deutsche Erzeugnisse. „Kauft keine deutschen Waren!" schreit der jüdische Pressefllügel in die Völker hinein. Und: „Juda erklärt Deutschland den Krieg!"

Warum dies alles? Warum der Haß der Juden gegen das neue Deutschland? Warum die Greuel- und Boykotthetze vom Ausland her? Mit den Glocken von Potsdam wurde ein neues Deutschland eingeläutet. Ein Deutschland, das die Hoffnung der Juden zerbrach, ihr Drohnen- und Blutsaugerleben im deutschen Volk ungehindert weiterführen zu können. Die marxistischen und bürgerlichen Judenschutzparteien liegen zerschlagen am Boden, und damit ist zerbrochen die jüdische Hoffnung, die verlorene Herrschaft über das deutsche Volk von innen her zurückerobern zu können. Darum die jüdische Wut. Darum der jüdische Haß. Darum die jüdische Greuel- und Boykotthetze im Ausland.

Aber auch diese letzte Hoffnung soll zuschanden werden! Millionen Deutsche haben mit Sehnsucht auf den Tag gewartet, an dem das deutsche Volk in seiner Gesamtheit aufgerüttelt würde, auf daß es endlich im Juden den Weltfeind erkenne. Alljuda wollte dem deutschen Volke Böses und hat das Gute geschafft. Am Samstag, den 1. April, vormittags 10 Uhr, beginnt des deutschen Volkes Abwehraktion gegen den jüdischen Weltverbrecher. Ein Abwehrkampf hebt an, wie er durch all die Jahrhunderte herauf nie zuvor gewagt worden war. Alljuda hat den Kampf gewollt, es soll ihn haben! Es soll ihn so lange haben, bis es erkannt haben wird, daß das Deutschland der Braunen Bataillone kein Deutschland der Freiheit ist und der Ergebung. Alljuda soll den Kampf so lange haben, bis der Sieg unser ist!

Nationalsozialisten! Schlagt den Weltfeind! Und wenn die Welt voll Teufel wär', es muß uns doch gelingen!

Das Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda

Unterredung des „Völkischen Beobachters" mit Staatssekretär Funk

Berlin, 30. März.

Der Reichspressechef und Staatssekretär im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, Funk, gewährte einem Vertreter des „Völkischen Beobachters" eine Unterredung, in der er sich über Zweck und Aufgabe des Ministeriums äußerte.

Die Propaganda ist das modernste Macht- und Kampfinstrument für die „Staatspolitik. Die Errichtung des Propagandaministeriums ist lebensnotwendig, denn das nationalpolitische Wollen der neuen Staatsführung soll Allgemeingut des ganzen Volkes werden.

Deshalb muß das gesamte politische, künstlerische, kulturelle und seelische Leben der Nation auf eine Linie gebracht und von einem Zentralpunkt aus geleitet werden.

Über die innere Organisation des Propagandaministeriums machte Staatssekretär Funk u. a. folgende Angaben:

Die Propagandaabteilung, die die engste Verbindung mit dem Volk hat, wird vor allem dafür zu sorgen haben, daß die Absichten des Propagandaministeriums im ganzen Reich nach einheitlichem Plan durchgeführt werden.

Sache der Presseabteilung ist die Beeinflussung der Pressepolitik im ganzen Reich.

Propaganda muß mit sachlicher Aufklärung verbunden sein, Aufklärung kann aber nur stattfinden auf Grund eines umfassenden Nachrichtendienstes. Aus der Presseabteilung soll allmählich ein großer Nachrichtenapparat herauswachsen, dessen Aufbau unter weitgehender Heranziehung bereits bestehender Organisationen gleichen oder ähnlichen Charakters erfolgen soll.

In der Rundfunkabteilung des Ministeriums ist künftig der gesamte Rundfunk einheitlich zusammengefaßt. Bisher wurden die Angelegenheiten des Rundfunks in politischer Beziehung vom Reichsinnenministerium, in technischer und wirtschaftlicher Beziehung vom Reichspostministerium bearbeitet.

Diese Referate beim Innen- und Postministerium kommen künftig in Wegfall, sie werden in der Rundfunkabteilung des Propagandaministeriums zentralisiert.

Die Beeinflussung des Filmwesens war bisher auch Sache des Reichsinnenministeriums. Diese ganze Aufgabe geht nunmehr auf das Propagandaministerium über. In bezug auf die Frage der Einflußnahme auf die Filmproduktion im einzelnen bestehen weitgehende Pläne, die zeitgerecht in Angriff genommen werden sollen. Als die nächstliegende Aufgabe wird das Ministerium die Einflußnahme auf die Gestaltung der politischen Wochenschauen ansehen. In organisatorischer Beziehung wird der Beamtenapparat des Reichsinnenministeriums mit Ministerial-Seeger übernommen.

In bezug auf die Abteilung „Theater und Volksdienst" ist zu sagen, daß unbeschadet der Aufgaben, die den Länderministerien auf diesem Gebiet nach wie vor verbleiben, sich das Reichspropagandaministerium um eine einheitliche Stil- und Geschmacksbildung unter dem Gesichtspunkt des nationalen Interesses kümmern wird.

Es muß der Grundsatz herrschen: Wenn schon politisches Theater, dann nationalpolitisches!

Das Reichspropagandaministerium hat keinen nachgeordneten Verwaltungsapparat und keine Außenbehörden wie andere Ministerien. Die Durchführung der Absichten des Ministeriums erfolgt auf dem Wege der Zusammenarbeit mit den Reichs- und Landesbehörden, sowie der Einflußnahme auf die privaten Spitzenorganisationen.

Um aber im Laufe der Zeit das ganze Propagandawesen des Reiches in der Arbeitsweise zu beschleunigen, zu vereinfachen und gleichzeitig in der Wirkung zu erhöhen, ist beabsichtigt, sowohl für die Länder als auch für größere Kulturgebiete Außendienststellen des Propagandaministeriums zu errichten.

Diese Außendienststellen des Propagandaministeriums werden vor allem Organe der aktiven Propaganda sein und werden die Aufgabe erhalten, die gesamte Volksaufklärung unter Inanspruchnahme der in ihrem Bereich vorhandenen Möglichkeiten lokaler Natur systematisch durchzuführen.

120 Personen auf der Todesliste

Kommunistischer Schwerverbrecher in Haft.

Clausthal, 30. März.

Seit einigen Tagen wird hier eine polizeiliche Razzia durchgeführt. Bisher wurden 50 führende Mitglieder der K.P.D. und S.P.D. an auswärtige Gerichtsgefängnisse abgeführt.

Die Haussuchungen erbrachten schwer belastendes Material, über das amtsgerichtlich noch Stillschweigen bewahrt wird, doch soll u. a. auch, ähnlich wie in St. Andreasberg, eine Todesliste gefunden worden sein, auf der 120 Personen verzeichnet sein sollen. Die Krönung der Razzia wurde in der letzten Nacht durch die Verhaftung des kommunistischen Schwerverbrechers Emil Fischer erreicht. Fischer brach vor etwa einem Jahr aus dem Gerichtsgefängnis aus und wurde seitdem gesucht. Die Bevölkerung ist von einem Alp befreit, daß es endlich gelungen ist, diesen Schwerverbrecher, die Seele der K.P.D. in Clausthal, dingfest zu machen.

Horst-Wessel-Lied im Rundfunk

Berlin, 30. März.

Ab 1. April wird der Deutschlandsender am Schluß seiner Abendprogramme regelmäßig vor dem Deutschlandlied das Horst-Wessel-Lied spielen lassen. Möglicherweise werden auch andere Sender diesem Beispiel folgen.

Zur Abwehr

Am 30. Januar 1933 wurde Adolf Hitler der Führer der deutschen Freiheitsbewegung, zum Kanzler des deutschen Reiches ernannt. Am 5. März 1933 bekannte sich das deutsche Volk in einer wunderbaren Erhebung zu ihm und zu seinem Befreiungswerk. Die nationale Revolution schlug das alte System in Trümmer, der Marxismus liegt zerschmettert am Boden, Deutschland geht einem neuen Aufstieg entgegen.

Dieser grandiose deutsche Freiheitskampf erfüllt den

internationalen Juden

mit Haß und Grimm. Er sieht, daß es mit seiner Macht in Deutschland zu Ende geht. Er sieht, aus diesem Deutschland kann er keine sowjetjüdische Verbrecherkolonie mehr machen. Jetzt handelt er nach dem Programm, das der jüdische Zionistenführer Theodor Herzl im Jahre 1897 in Basel bei einem großen Judenkongreß feierlich verkündete. (Auszug aus der 7. Sitzung):

„Sobald ein nichtjüdischer Staat es wagt, uns Juden Widerstand zu leisten, müssen wir in der Lage sein, seine Nachbarn zum Kriege gegen ihn zu veranlassen... Als Mittel dazu werden wir die öffentliche Meinung vorschützen. Diese werden wir vorher durch die sogenannte „achte Großmacht, — die Presse — in unserem Sinne bearbeiten. Mit ganz wenig Ausnahmen, die überhaupt nicht in Frage kommen, liegt die ganze Presse der Welt in unseren Händen."

Nach einem großangelegten Plane hat in diesen Tagen der Jude die öffentliche Weltmeinung gegen Deutschland aufgehetzt. Er bedient sich dazu der Presse, durch die er eine ungeheure Lügenflut über die Welt ergießt. Kein Verbrechen, keine Schandtat ist ihm zu niederträchtig; er beschuldigt die Deutschen damit.

Der Jude lügt,

in Deutschland würden Angehörige des jüdischen Volkes grausam zu Tode gefoltert.

Der Jude lügt,

es würden diesen Juden die Augen ausgebrannt, die Hände abgehackt, Ohren und Nasen abgeschnitten, ja selbst die Leichen würden noch zerstückelt.

Der Jude lügt,

es würden in Deutschland selbst jüdische Frauen in grauenvoller Weise getötet und jüdische Mädchen vor den Augen ihrer Eltern vergewaltigt.

Der Jude verbreitet diese Lügen in derselben Weise und zu demselben Zwecke, wie er das auch während des Krieges getan hatte. Er will die Welt gegen Deutschland aufwiegeln. Darüber hinaus fordert er zum Boykott deutscher Erzeugnisse auf. Er will damit das Elend der Arbeitslosigkeit in Deutschland noch vergrößern, er will den deutschen Export ruinieren.

Deutsche Volksgenossen! Deutsche Volksgenossinnen

Die Schuldigen an diesem wahnwitzigen Verbrechen, zu dieser niederträchtigen Greuel- und Boykotthetze sind die

Juden in Deutschland.

Sie haben ihre Rassegenossen im Ausland zum Kampf gegen das deutsche Volk aufgerufen. Sie haben die Lügen und Verleumdungen hinausgemeldet.

Darum hat die Reichsleitung der deutschen Freiheitsbewegung beschlossen, in Abwehr der verbrecherischen Hetze ab

Samstag, den 1. April 1933 vormittags 10 Uhr,

über alle jüdischen Geschäfte, Warenhäuser, Kanzleien usw., den

Boykott

zu verhängen. Dieser Boykottierung Folge zu leisten, dazu rufen wir Euch, deutsche Frauen und Männer, auf!

Kauft nichts in jüdischen Geschäften und Warenhäusern! Geht nicht zu jüdischen Rechtsanwälten! Meidet jüdische Ärzte!

Zeigt den Juden, daß sie nicht ungestraft Deutschland in seiner Ehre herabwürdigen und beschmutzen können!

Wer gegen diese Aufforderung handelt, beweist damit, daß er auf Seite der Feinde Deutschlands steht.

Es lebe der ehrwürdige Generalfeldmarschall aus dem großen Kriege, der Reichspräsident

Paul von Hindenburg!

Es lebe der Führer und Reichskanzler

Adolf Hitler!

Es lebe das deutsche Volk und das

heilige deutsche Vaterland!

Zentralkomitee zur Abwehr der jüdischen Greuel- und Boykotthetze

Streicher

Gesamtbetriebsratsausschuß Berlins nationalsozialistisch!

Berlin, 30. März.

Die bisherigen Mitglieder des Gesamtbetriebsrates der Stadt Berlin sind nach einer Anordnung vom 24. März zurückgetreten. An die Stelle des bisherigen geschäftsführenden Ausschusses tritt ein kommissarischer geschäftsführender Ausschuß, der die aus dem Betriebsrätegesetz und aus dem Tarifrecht sich ergebenden Aufgaben übernimmt. Eine weitere Regelung wird auf der Grundlage zu erwartender neuer gesetzlicher Bestimmungen folgen. Sämtliche Mitglieder des kommissarischen Ausschusses gehören der N.S.D.A.P. an.

Vorsorgende Maßnahmen bei Aufhebung des Wohnungsmangelgesetzes

Berlin, 30. März.

Das Wohnungsmangelgesetz tritt auf Grund einer Notverordnung vom Dezember 1931 am 1. April 1933 außer Kraft. Mit diesem Zeitpunkt endet das Recht der Gemeinden (Wohnungsämter), freie Wohnungen zur Anderweitigkeit von Wohnungssuchenden zu beschlagnahmen. Um Schwierigkeiten, die sich hieraus ergeben könnten, zu verhindern, hat die Reichsregierung besondere Maßnahmen beschlossen. Ein Gesetz sieht vor, daß das Gericht einem Mieter, der zur Räumung seiner Wohnung verurteilt wird, grundsätzlich eine Räumungsfrist gewähren muß. Die Frist kann verlängert werden. Die Reichsregierung wird ferner Vorsorge treffen, daß in Gemeinden, in denen noch eine Knappheit an Wohnungen besteht, durch Teilung von Wohnungen, durch vorstädtische Kleinsiedlung und durch den Bau von Klein- und Behelfswohnungen genügende Unterkunftsmöglichkeiten geschaffen werden.

H3153 — 0007

H3153-0007A

2410-P5
US4-566

Süddeutsche Ausgabe / Ausgabe A
Weiterverkauf durch Abonnenten unzulässig
83. Ausg. • 46. Jahrg. • Einzelpreis 20 Pf. Oesterreich 40 Groschen. Italien Lire 1.20 Schweiz 30 Rappen. Uebriges Ausland 25 Pf.

„Freiheit und Brot"

Ausgabe A / Süddeutsche Ausgabe
Weiterverkauf durch Abonnenten unzulässig
München, Freitag, 24. März 1933

VÖLKISCHER BEOBACHTER

Herausgeber Adolf Hitler

Verlag: Frz. Eher Nachf. G. m. b. H., München 2 NO, Thierschstr. 11 • Sammelnr. 20 1 61 • Fernschreiber: Eherverlag • Postscheck: München 11 365, Wien 79 931, Prag 77 308 • Bayer. Hypotheken- u. Wechselbank, Filiale: Kaufingerstr. • Anzeigenpreise laut amtlicher Preisliste • Anzeigen-Schluß 12 Uhr 8 Tage vor Erscheinen • Anzeigen-Abteilung München, Thierschstr. 11 • Ruf 20 1 61

Kampfblatt der national-sozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Schriftleitung: München 13, Schellingstraße 39 • Sammelnr. 20 401 • Sprechstunde 11 bis 12 Uhr (Samstag nicht!) • Fernschrift: Beobachter München • Berliner Vertretung: Berlin SW 68, Zimmerstr. 84 • Sammelnr. A 1 (Lage) 7671 • Sprechstunde 11–12 Uhr • Der „Völkische Beobachter" erscheint wöchentlich 6 mal • Bezugspreis RM. 2,60, zuzüglich 36 Pf. Zustellgeld

Adolf Hitlers Regierungsprogramm

Die durchschlagende Begründung des Ermächtigungsgesetzes vor dem Reichstag

Berlin, 23. März.

Zur zweiten Sitzung des Reichstages, die pünktlich um 14 Uhr begann, waren bei vollbesetztem Hause die Tribünen wiederum überfüllt.

Kurz vor Eröffnung der Sitzung erschien Reichskanzler Hitler, von der nationalsozialistischen Fraktion mit Heilrufen begrüßt, und begab sich auf seinen Abgeordnetenplatz.

Präsident Goering eröffnete die Sitzung und gedachte zunächst des Geburtstags des nationalen Dichters Dietrich Eckhardt. Während er einen Vers von Eckhardts Lied: „Deutschland erwache" vortrug, erhoben sich die Nationalsozialisten und Deutschnationalen von ihren Plätzen.

Der Präsident machte dann Mitteilung davon, daß er etwa zehn sozialdemokratischen Abgeordneten, darunter Dr. Breitscheid, Dr. Hilferding, Sollmann und Toni Sender den erbetenen einwöchigen Urlaub erteilt habe.

Zum ersten Gegenstand der Tagesordnung erhält der Berichterstatter, Abg. Stöhr (NS.), das Wort. Er gibt einen längeren Bericht über die Ausschußverhandlungen und erklärt u. a. zu dem sozialdemokratischen Antrag auf Aufhebung der Schutzhaft für verschiedene Abgeordnete, es sei unzweckmäßig, die Herren des Schutzes zu berauben, der ihnen durch Verhängung der Haft zuteil wurde.

Entsprechend dem Antrag wurde die Geschäftsordnung mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Der sozialdemokratische Antrag auf Haftentlassung von in Haft befindlichen sozialdemokratischen Abgeordneten wurde bei Stimmenthaltung des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei mit den Stimmen der Regierungsparteien abgelehnt.

Als dann der Präsident dem Reichskanzler das Wort zur Begründung des Ermächtigungsgesetzes erteilte, nahmen auch die Minister, die bis dahin auf ihren Abgeordnetenplätzen saßen, auf der Regierungsbank Platz. Der Reichskanzler wurde beim Betreten der Rednertribüne von den Nationalsozialisten mit stürmischen Heilrufen begrüßt, an denen sich auch zahlreiche Tribünenbesucher beteiligten.

Reichskanzler Adolf Hitler

begründete dann das Ermächtigungsgesetz mit folgenden Ausführungen:

Im Einvernehmen mit der Reichsregierung haben die nationalsozialistische und die deutschnationale Fraktion ein Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich dem Reichstag zur Beschlußfassung unterbreitet. Die Gründe für diesen außerordentlichen Vorgang sind folgende:

Das historische Verbrechen des Marxismus

Am November 1918 ergriffen marxistische Organisationen unter Bruch der Verfassung durch eine Revolution die vollziehende Gewalt im Reich. Das Gelingen der Revolution sicherte ihre Urheber vor dem Zugriff der Justiz. Die moralische Legitimierung für ihr Verhalten suchten sie in der Behauptung, Deutschland bzw. seine Regierung trage die Schuld an dem Ausbruch des Krieges. Diese Behauptung war wissentlich und sachlich falsch. Alle von den Männern des November 1918 dem deutschen Volk gemachten Versprechungen erwiesen sich, wenn nicht als bewußte Irreführungen, so als verdammenswürdige Illusionen. Für die Mehrheit der deutschen Volksgenossen waren die Folgen unendlich traurige. Der Vergleich der gemachten Versprechungen mit den durchschnittlichen Ergebnissen der letzten 14 Jahre fällt für die verantwortlichen Regisseure dieses für die deutsche Geschichte beispiellosen Verbrechens vernichtend aus. Das deutsche Volk hat während dieser Zeit einen Verfall erlitten, der kaum größer sein könnte. Deshalb hat es sich auch trotz seiner schweren Beweglichkeit in politischen Empfindungen und Stellungnahmen in steigendem Maße von dem in seinen Augen für diese Zustände verantwortlichen Parteien und Verbände abgewendet.

Als die nationale Erhebung kam, war die Zahl der innerlich auf dem Boden der Weimarer Verfassung stehenden Deutschen trotz der rücksichtslosen Ausnutzung der Regierungsgewalt nur noch ein Bruchteil des Volkes. Die nationalsozialistische Bewegung vermochte daher trotz furchtbarster Unterdrückung immer mehr Deutsche zum Abwehrkampf zu erfassen. Sie hat mit anderen nationalen Verbänden in wenigen Wochen die seit 1918 herrschenden Mächte beseitigt und in einer Revolution die Gewalt in die Hände der nationalen Regierung gelegt. Am 5. März hat das deutsche Volk diesem Akt seine Zustimmung erteilt.

Das Programm des Wiederaufbaues von Volk und Reich ergibt sich aus der Größe der Not unseres politischen, moralischen und wirtschaftlichen Lebens.

Es ist das Ziel der Regierung der nationalen Revolution, diejenigen Gebrechen aus unserem völkischen Leben zu beseitigen, die auch für die Zukunft jeden tatsächlichen Wiederaufstieg verhindern würden.

Der Marxistenterror hat die nationalsozialistische Bewegung im Laufe weniger Jahre über 300 Tote und Zehntausende an Verletzten gekostet. Die Brandstiftung im Reichstag war der mißglückte Versuch einer großangelegten Aktion, die zeigt, was Europa von dem Siege der bolschewistischen Ideen zu erwarten hätte. Wenn eine bestimmte Presse besonders außerhalb des Deutschen Reiches versucht, die nationale Erhebung Deutschlands mit dieser Schandtat zu identifizieren, kann das mich nur in meinem Entschluß bestärken, nichts unversucht zu lassen, um in kürzester Zeit dieses Verbrechen durch

die öffentliche Einrichtung des Brandstifters und seiner Komplizen

zu sühnen. (Anhaltendes Händeklatschen der Nationalsozialisten. Auch die Tribünen beteiligen sich lebhaft an dem Beifall.) Der ganze Umfang der beabsichtigten Aktion ist weder dem deutschen Volke noch der übrigen Welt genügend zum Bewußtsein gekommen.

Nur durch ihr blitzschnelles Zuschlagen hat die Regierung eine Entwicklung verhindert, die durch ihren katastrophalen Ausgang ganz Europa erschüttert haben würde.

Es wird die oberste Aufgabe der nationalen Regierung sein, diese Erscheinungen nicht nur im Interesse Deutschlands, sondern auch des übrigen Europa in unserem Lande restlos auszurotten. Nur die Herstellung einer wahren Volksgemeinschaft, die sich über die Interessen und Gegensätze der Stände und Klassen erhebt, vermag allein auf die Dauer dieser Verirrung des menschlichen Geistes den Nährboden zu entziehen. Die Erringung einer solchen weltanschaulichen Geschlossenheit des deutschen Volkskörpers ist umso wichtiger, als nur sie die Möglichkeit der Aufrechterhaltung freundschaftlicher Beziehungen zu den außendeutschen Mächten gibt.

Die Beseitigung des Kommunismus in Deutschland ist nur eine innerdeutsche Angelegenheit

Die übrige Welt mag insofern darin interessiert sein, als der Ausbruch des Kommunismus in dem dichtbesiedelten Deutschland politische und wirtschaftliche Folgeerscheinungen im westlichen Europa zeitigen würde, die unvorstellbar sind.

Es ist Pflicht der Regierung, den Reichsgedanken an sich über jeden Zweifel zu erheben. Die Wohlfahrt der Kommunen und Länder wird genau so wie die Existenz des einzelnen deutschen Menschen durch die Kraft und Gesundheit des Reiches gewährleistet.

Keine Aufhebung der Länderrechte

Die Reichsregierung beabsichtigt daher nicht, durch ein Ermächtigungsgesetz die Länder aufzuheben. Wohl aber wird sie diejenigen Maßnahmen treffen, die von nun ab und für immer eine Gleichmäßigkeit der politischen Intentionen des Reiches und der Länder verbürgt.

Je größer die geistige und willensmäßige Übereinstimmung ist, um so weniger Interesse kann in Zukunft für das Reich bestehen, das kulturelle und wirtschaftliche Eigenleben der einzelnen Länder zu vergewaltigen. Vollends unmöglich ist der Zustand einer gegenseitigen Herabsetzung von Länder- und Reichsregierung unter Zuhilfenahme der modernen Mittel der politischen Propaganda.

Ich werde es unter keinen Umständen hinnehmen, und die Reichsregierung wird alle Maßnahmen dagegen treffen, daß in Zukunft jemals noch Minister deutscher Regierungen vor der Welt in öffentlichen Massenversammlungen und unter Rundfunkverwendung sich gegenseitig anklagen und herabsetzen.

Es führt weiter zu einer völligen Entwertung der gesetzgebenden Körperschaften in den Augen des Volkes, wenn innerhalb von vier Jahren im Reich und in den Ländern das Volk etwa zwanzigmal zur Wahlurne getrieben wird.

Gleichheit vor dem Gesetz allen, die am Aufbau des Reiches mitarbeiten

Die Reichsregierung wird einen Weg finden, der aus einer einmal gegebenen Willensäußerung der Nation für das Reich und die Länder zu einheitlichen Konsequenzen führt.

Eine weitergehende Reform des Reiches wird sich nur aus der lebendigen Entwicklung ergeben können. Ihr Ziel muß die Konstruktion einer Verfassung sein, die dem Willen des Volkes mit der Autorität einer wirklichen Führung verbindet. Die gesetzliche Legalisierung einer solchen Neugestaltung der Verfassung wird dem Volke selbst zustehen.

Die Regierung der nationalen Revolution sieht es als Pflicht an, entsprechend dem Sinn des ihr gegebenen Vertrauensvotums des Volkes diejenigen Elemente von der Einflußnahme auf die Gestaltung des Lebens der Nation fernzuhalten, die bewußt und mit Absicht diesen Weg negieren.

Die Regierung wird die Gleichheit vor dem Gesetz allen zubilligen, die in der Frage der Rettung des Volkes sich hinter die nationalen Interessen stellen. Es wird aber ihre höchste Aufgabe sein, die geistigen Führer der Vernichtungstendenz zur Verantwortung zu ziehen.

Sie sieht insbesondere in dem Umstand, daß Millionen deutscher Arbeiter einer Idee des Wahnsinns und der Selbstvernichtung huldigen, das Ergebnis einer unverzeihlichen Schwäche früherer Regierungen.

Die Regierung wird sich in dem Entschluß dieser Frage zu lösen, durch niemanden beirren lassen. Es ist Sache des Reichstages, nun seinerseits eine klare Stellung einzunehmen. Am Schicksal des Kommunismus und der sich mit ihm verbundenen Organisationen ändert dies nichts. (Lebhaftes Händeklatschen bei den Nationalsozialisten.

Die nationale Regierung trifft Maßnahmen unter keinem anderen Gesichtspunkt als dem, das deutsche Volk und insbesondere die Millionen seiner arbeitenden Menschen vor namenlosem Elend zu bewahren.

Sie sieht daher die Frage einer monarchistischen Restauration nur aus dem Grunde des Vorhandenseins dieser Zustände zur Zeit als undiskutabel an. Sie würde jeden Versuch einer Lösung dieses Problems auf eigene Faust der einzelnen Länder als Angriff gegen die Reichseinheit ansehen müssen und demgemäß ihre Verhalten einrichten. (Anhaltendes Händeklatschen bei den Nationalsozialisten.)

Schutz von Religion und Kultur

Gleichlaufend mit dieser politischen Entgiftung unseres öffentlichen Lebens wird die nationale Regierung eine durchgreifende moralische Sanierung an unserem Volkskörper vornehmen. Unser gesamtes Erziehungswesen, Theater, Film, Literatur, Presse und Rundfunk werden als Mittel zu diesem Zwecke angesehen. Aufgabe der Kunst ist es, Ausdruck des bestimmenden Zeitgeistes zu sein. Gerade in einer Zeit beschränkter politischer Macht muß der innere Wert des Menschen und der Lebenswille der Nation kulturellen Ausdruck finden.

Indem die Regierung entschlossen ist, die politische und moralische Entgiftung des öffentlichen Lebens durchzuführen, schafft und sichert sie die Voraussetzungen für ein wirkliches religiöses Leben.

Die Regierung sieht in den beiden christlichen Konfessionen den wichtigsten Faktor der Erhaltung des Volkstums. Sie wird die zwischen ihnen und den Ländern abgeschlossenen Verträge respektieren. Sie erwartet aber, daß ihre Arbeit die gleiche Würdigung erfährt. Sie wird allen anderen Glaubensgemeinschaften mit objektiver Gerechtigkeit gegenübertreten. Sie kann aber niemals dulden, daß die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Konfession oder einer bestimmten Rasse jemals ein Freibrief für Begehung oder Tolerierung von Verbrechen ist. Die Sorge der Regierung gilt dem aufrichtigen Zusammenleben zwischen Kirche und Staat.

Unser Rechtswesen muß in erster Linie der Erhaltung der Volksgemeinschaft dienen. Der Unabsetzbarkeit der Richter auf der einen Seite muß die Elastizität der Urteilsfindung zum Zwecke der Erhaltung der Gesellschaft dienen.

Barbarische Verfolgung von Landes- und Volksverrat

Landes- und Volksverrat soll künftig mit barbarischer Rücksichtslosigkeit verfolgt werden. (Anhaltendes Händeklatschen und sich immer erneuernde Beifallsrufe der Nationalsozialisten.)

Groß sind die Aufgaben der nationalen Regierung auf dem Wege des wirtschaftlichen Lebens.

Das Volk lebt nicht für die Wirtschaft und die Wirtschaft existiert nicht für das Kapital, sondern das Kapital dient der Wirtschaft und die Wirtschaft dem Volke.

Grundsätzlich wird die Regierung die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen des Volkes nicht über dem Umweg einer staatlich zu organisierenden Wirtschaftsbürokratie betreiben, sondern durch stärkste Förderung der Privatinitiative unter Anerkennung des Privateigentums. Allein zwischen der produktiven Intention einerseits und der produktiven Arbeit andererseits muß ein gerechter Ausgleich geschaffen werden. Der Vereinfachung der Verwaltung muß die Verbilligung der öffentlichen Lasten und eine Reform des Steuerwesens folgen. Die Regierung wird grundsätzlich Währungsexperimente vermeiden.

Über allem steht die Rettung des deutschen Bauern. (Lebhafter Beifall.)

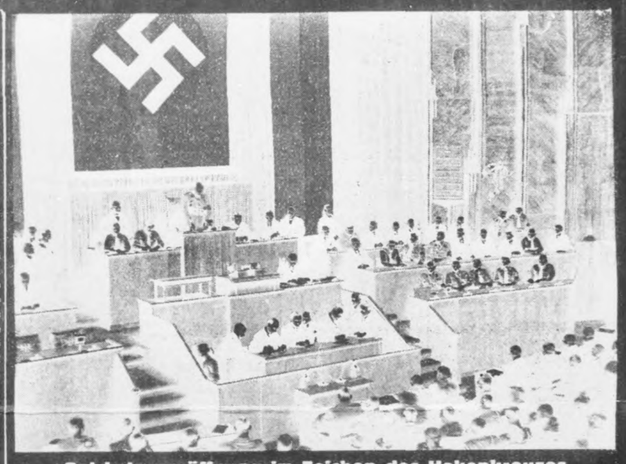
Seine Erhaltung ist erste Voraussetzung für das Blühen und Gedeihen der Industrie. Für den deutschen Binnenhandel und den deutschen Export. Die endgültige Behebung der Not ist abhängig von der Eingliederung der Arbeitslosenarmee in den Produktionsprozeß. Die Rettung des Mittelstandes kann nur im Zuge einer allgemeinen Wirtschaftsaktion erfolgen. Die Steigerung der Konsumkraft der Massen wird ein wesentliches Mittel zur wirtschaftlichen Belebung sein. Unter Aufrechterhaltung der sozialen Gesetzgebung wird die Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung der erste Schritt zu einer Reform sein müssen. Wir wissen, daß die geographische Lage des rohstoffarmen Deutschlands eine Autarkie für uns nicht vollkommen zuläßt. Wir wissen, daß wir die Verbindung mit der Welt nötig haben. Wir wissen aber auch, welcher Art

die Voraussetzungen für den gesunden Leistungsaustausch zwischen den Völkern der Erde

sind. Deutschland war jahrelang gezwungen, Leistungen ohne Gegenleistungen zu machen. Unter den gegenwärtigen Umständen sind wir leider auch zur Aufrechterhaltung der Devisenzwangswirtschaft gezwungen. Die Regierung ist deshalb auch verpflichtet, gegen den Abfluß des Kapitals über die Grenzen einen Damm aufzurichten, weil sie in der Erhaltung des Wertes der Reichsmark eine wesentliche Aufgabe erblickt. Die Förderung des Verkehrs muß zu einem vernünftigen Ausgleich der Interessen der verschiedenen Verkehrsmittel führen. Die Reform der Kraftfahrzeugsteuer wird ein erster Schritt in dieser Richtung sein. Die Erhaltung der Reichsbahn und ihre möglichst schnelle Zurückführung in den Besitz des Reiches ist eine Aufgabe, die uns nicht nur wirtschaftlich, sondern auch moralisch verpflichtet.

Bei der Lösung ihrer Aufgaben bedarf die

(Fortsetzung auf Seite 2.)



Reichstagseröffnung im Zeichen des Hakenkreuzes

Des Führers Programm

Am Nachmittag des 23. März hörte die ganze Welt die Regierungserklärung des Reichskanzlers. Und alle müssen das eine bestimmte Gefühl vor allen andern gehabt haben: hier spricht ein Staatsmann, der geborener Führer ist, ein Mensch, der Härte im grundsätzlichen in genialer Weise mit der Vorsicht des staatsmännisch Notwendigen zu verschmelzen versteht. Der unheirrbar bereit ist, zu vernichten, was vernichtenswert ist und zu versöhnen, was versöhnbar ist. Ein Mann sprach aber auch, durch dessen Worte der unbändige Wille sprach, unter keinen Umständen mehr zu weichen, sondern fest entschlossen, seine Mission der Errettung Deutschlands durchzuführen.

Wie Nilpferdpeitschen sausten Hitlers Worte auf den Marxismus nieder, nach 14jährigem Kampf stand er dessen Vertretern auch Aug' in Aug' gegenüber und — es blieb denen nichts erspart. Wortlos mußten sie alles hinnehmen, widerspruchslos die Geißelung ihrer Verbrechen am deutschen Volk ertragen. Hier war symbolisch die Ohnmacht verkörpert, jetzt noch etwas gegen Deutschland auszurichten und die Drohung, ausländische Freundschaftsdienste unschädlich zu machen, werden sie verstanden haben. Deutschland lebt — und deshalb stirbt der Marxismus.

Kristallklar sind die Sätze des Kanzlers über alle Fragen der Innen- und Außenpolitik. Abgewogen, aber eindeutig, voll Würde und Stolz die Formulierungen, voll gebändigter Leidenschaft die mehrmalige Betonung, die Einteilung in Sieger und Besiegte nicht mehr hinnehmen zu wollen. Und auch bei Behandlung von Problemen, die das Zentrum besonders interessieren, spürt man unbetrübare Festigkeit mit Fassungen verbunden, die diese Partei als von allen guten Geistern verlassen erscheinen ließe, falls sie gegen das Ermächtigungsgesetz stimmen würde.

Immer wieder unterbrach stürmische Zustimmung den Kanzler. Wir alle waren an einem neuen Ziel unseres Kampfes angelangt. Unser Führer ist Herr in Deutschland und der Nationalsozialismus läutet die Revolution des 20. Jahrhunderts ein.

H3153 – 0008

TRANSLATION OF DOCUMENT NO. 3387-PS
OFFICE OF U. S. CHIEF OF COUNSEL

Excerpt from Hitler's Speech at second meeting of the Reichstag of 1933, on 23 March 1933, asking for the adoption of the Enabling Act, -- as quoted in Voelkischer Beobachter, 24 March 1933, page 1:

"While the Government is determined to carry through the political and moral purging of our public life, it is creating and insuring prerequisites for a truly religious life. The Government sees in both Christian confessions the most important factors for the maintenance of our folkdom. It will respect agreements concluded between them and the States. However, it expects that its work will meet with a similar appreciation. The Government will treat all other denominations with equal objective justice. It can never condone, though, that belonging to a certain denomination or to a certain race might be regarded as a license to commit or tolerate crimes. The Government will devote its care to the sincere living together of Church and State."

CERTIFICATE OF TRANSLATION OF DOCUMENT NO. 3387-PS

19 December 1945

I, Gerhart H. Seger, Civ., D 258957, hereby certify that I am thoroughly conversant with the English and German languages; and that the above is a true and correct translation of the indicated excerpt from Document No. 3387-PS.

GERHART H. SEGER,
Civilian,
D 258957.

H3153 - 0009

H3153-0010

PARTIAL TRANSLATION OF DOC. NO. 2410-PS
OFFICE OF U.S. CHIEF OF COUNSEL

Voelkischer Beobachter, South German Edition, Friday, 31 March 1933

No. 90 Vol. 46. Munich

Voelkischer Beobachter Sueddeutsche Ausgabe Freitag, 31 Maerz 1933

90.Ausg. 46. Jahrg. Muenchen

Article by Julius STREICHER on the "coming popular action" under banner headline, "Beat the World Enemy"

(page 1, col. 1-col.4)

The same Jew who plunged the German people into the blood-letting of the World War and who committed on it the crime of the November Revolution, is now engaged in stabbing Germany, recovering from its shame and misery, in the back. It should be accomplished with the same methods with which World Jewry (Alljuda) committed the crime of the World War. The Jew is again engaged in poisoning the public opinion. World Jewry is engaged again in slandering the German people as a people of Huns and barbarians. For weeks the Jewish press in France, England, America and Poland spread its lies to the world that the eyes of the Communists who are captured in Germany are being gouged out, that protective-custody prisoners (Schutzhaeftlinge) are being tortured to death and that Jewish pogroms are carried out. And again the Jew stirs up the foreign nations, who are thus deceived and cheated, against Germany. And in order that the awakening Germany, the Germany of Adolf Hitler, should collapse at the very start, the racial comrades of the Jews who live in Germany conduct a shameless boycott campaign abroad against German products. "Do not buy German merchandise!" yells the Jewish press-clique to the world. And: "Judah declares war against Germany!"

Why is all this? Why the hate of the Jews against the new Germany? A new Germany was heralded by the bells of Potsdam. A Germany which shattered the hope of the Jews that they would be able to continue their lives as drones and bloodsuckers on the German people without being checked. The Marxist and bourgeois parties protecting the Jews (Judenschutzpartei) lie battered on the ground and with them the Jewish hope is shattered that they will be able to reconquer their lost power over the German people from within. Hence the Jewish fury. Hence the Jewish hatred. Hence the Jewish atrocity accusations and boycott agitation abroad.

But even this last hope of theirs shall be frustrated! Millions of Germans longed to see the day on which the German people would be shaken up in its entirety to recognize at last the world enemy in the Jew. World Jewry intended to do harm to the German people and has done good. At 10 A.M. Saturday 1 April, the defensive action of the German people against the Jewish world criminal will begin. A defensive fight begins, such as never has been dared before throughout the centuries. World Jewry asked for the fight, it is to have it! It is to have it until it shall have recognized that the Germany of the brown battalions is not a Germany of cowardice and of a submission. World Jewry is to have the fight until victory shall be ours!

National Socialists! Strike the world enemy! And if the world were full of devils, still we must succeed!"

* * * * * * * * *

17 November 1945

CERTIFICATE OF TRANSLATION
of DOCUMENT NO. 2410-PS

I, WILLARD EVANS SKIDMORE, Lt. (jg) USNR, 391590, hereby certify that I am thoroughly conversant with the English and German languages; and that the above is a true and correct translation of Document 2410-PS.

WILLARD EVANS SKIDMORE
Lt. (jg) USNR
391590

H-3153

USA-566

(2410-PS)
(3387-PS)
(3389-PS)

USA-566 (2410-PS)(3387-PS)(3389-PS)

H3153 – 0011